

Antrag

der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Ina Lenke, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Für eine konstruktive Zusammenarbeit mit Russland und einen kritischen Dialog

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Russland ist einer der wichtigsten Nachbarn Deutschlands und Europas, und zwar nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch mit Blick auf seine globale außen- und sicherheitspolitische Bedeutung und die jahrhundertealten kulturellen Verbindungen zwischen Europa und Russland. Zum Ausdruck kommt diese enge Verbundenheit nicht zuletzt durch ein vielfältiges Netz von Erklärungen, Initiativen, Verträgen und Dialogforen wie zum Beispiel dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland, dem Vertrag über die vier gemeinsamen Räume, diversen Vereinbarungen über Visa-Erleichterungen und Handelsfragen, dem Energiedialog und dem TACIS-Programm. Bilateral kommen die engen deutsch-russischen Beziehungen zum Beispiel durch das deutsch-russische Forum, den Petersburger Dialog, die Arbeit des Goethe-Instituts und des DAAD sowie diverse weitere kulturelle Initiativen zum Ausdruck.

Als Handelspartner Deutschlands wie Europas kommt Russland eine herausragende Bedeutung zu, insbesondere im Bereich der Rohstoffversorgung. Als Lieferant von Öl und Gas wird die Bedeutung Russlands für Deutschland und Europa in den kommenden Jahren weiter zunehmen.

Russland ist als globaler Akteur ein entscheidender Faktor bei Lösung nahezu aller großen politischen Herausforderungen. Nachhaltig tragfähige Lösungen aktueller Konflikte, wie auf dem Balkan, in Afghanistan, im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika, Asien oder auch mit Blick auf die „frozen conflicts“ im postsowjetischen Raum lassen sich nur mit und nicht in Kon-

kurrenz zu Russland lösen. Gleiches gilt für globale handels-, umwelt- oder sicherheitspolitische Fragen.

2. Trotz der engen Beziehungen zwischen Deutschland und Europa einerseits und Russland andererseits kann der Begriff der „strategischen Partnerschaft“ derzeit nur als Zielbestimmung, nicht jedoch als Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes betrachtet werden. Eine echte „strategische Partnerschaft“ – auch im Rahmen der NATO – kann nur auf einem gemeinsamen Wertekanon als politischer Leitlinie des innen- und außenpolitischen Handelns der Partner beruhen. Zu diesem Wertekanon gehört der Dreiklang aus der Einhaltung der Menschenrechte, einem demokratisch organisierten und nach rechtsstaatlichen Prinzipien funktionierendem Staat und dem Aufbau einer freien Marktwirtschaft. Diese Grundsätze lassen sich weder innerstaatlich noch im gegenseitigen Verhältnis gegeneinander aufrechnen und sind auch nicht mit Verweis auf historische Besonderheiten relativierbar.

Die Aufnahme Russlands in multilaterale Strukturen wie G8, OSZE, Europarat und NATO-Russlandrat erfolgten in dem Bestreben, die ernsthaften und viel versprechenden Bemühungen des damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin um die Einführung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen.

Der Deutsche Bundestag sieht es deshalb mit großer Sorge, dass sich Russland seit einigen Jahren in nahezu allen Bereichen der staatlichen und gesellschaftlichen Modernisierung rückwärts bewegt. Russland hat in den Augen der Öffentlichkeit in den letzten Jahren an Vertrauen verloren. Ursache hierfür sind nicht zuletzt die staatlich durchgeführten oder gedeckten Menschenrechtsverstöße wie in Tschetschenien, die willkürliche Zerschlagung des YUKOS-Konzerns und der rechtsstaatswidrige Umgang mit dem ehemaligen YUKOS-Chef Michail Chodorkowski oder auch der Mord an der Journalistin Anna Politkowskaja.

3. Die Präsidentschaft Vladimir Putins ist geprägt von innerstaatlicher Stabilisierung auf Kosten demokratischer, rechtsstaatlicher und wirtschaftspolitischer Reformen. Hierzu zählen unter anderem der wachsende Einfluss der Geheimdienste, die Gleichschaltung bzw. die Einschüchterung kritischer Medien (insbesondere in den Provinzen), Verfassungsänderungen zum Ziel der Einschränkung demokratischer Partizipationsrechte bzw. des Einflusses der Opposition, und die gezielte Schwächung zivilgesellschaftlicher Strukturen durch neue Gesetzgebungen. Massenhafte, regelmäßige und systematische Verstöße gegen die Menschenrechte sind – insbesondere in russischen Gefängnissen – an der Tagesordnung. Dies kommt auch durch zahlreiche Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zum Ausdruck. Kritische Journalisten werden systematisch eingeschüchtert und sind nicht selten physischer Gewalt ausgesetzt, die bis hin zu Ermordungen reicht. Unabhängige NGOs bestätigen diesen Trend. Mit fallender Tendenz nimmt Russland im „Bertelsmann Transformationsindex“ nur noch Platz 47 ein, im weltweiten Ranking von „Freedom House“ wird Russland als „unfreies“ Land bezeichnet und in der „Rangliste der Pressefreiheit“ von „Reporter ohne Grenzen“ steht Russland auf Platz 147 von 168 beobachteten Ländern.

Dabei sind die innerstaatlichen Herausforderungen in Russland gewaltig. Die demographische Entwicklung Russlands ist katastrophal. Bei einer derzeitigen Lebenserwartung von 60 Jahren, einer hohen Kindersterblichkeits- und Abtreibungsrate sowie angesichts einer steigenden Verbreitung von HIV/AIDS wird sich die russische Bevölkerung allein bis zum Jahr 2025 auf 125 Millionen Einwohner verkleinern. Auch wenn Russland angesichts seiner großen Rohstoffreserven – und hierfür derzeit hoher Weltmarktpreise – insgesamt eine wirtschaftliche Wachstumsphase durchläuft, nimmt das Wohlstandgefälle in Russland deutlich zu, wobei sich insbesondere die

Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung kaum verbessern. Ungeklärte Konflikte in seiner inneren und äußeren Peripherie, wie in Tschetschenien, Abchasien, Süd-Ossetien, Nagorny-Karabach oder Transnistrien, schaden nicht nur dem internationalen Ansehen Russlands, sondern auch seiner eigenen Stabilität.

Wirtschaftlich stützt sich das russische Wirtschaftswachstum beinahe ausschließlich auf den Export von Rohstoffen, meist fossilen Energieträgern wie Öl und Gas, wobei Deutschland und andere europäische Staaten die Hauptabnehmer sind. Dennoch steht das russische Wirtschaftswachstum wegen seiner Abhängigkeit von den volatilen Energieexporterlösen und der mangelnden Diversifizierung der russischen Produktion insgesamt auf tönernen Füßen. Während Russland einerseits bestrebt ist, seine derzeit vorhandenen Finanzmittel international möglichst struktursicher zu investieren und somit von den Vorteilen einer liberalisierten Weltwirtschaft zu profitieren, folgt es andererseits mit Blick auf seinen eigenen Markt protektionistischen Grundsätzen. So sind Investitionen aus dem Ausland im Energiesektor in Russland derzeit kaum möglich, andere Investitionsbereiche sind insbesondere wegen mangelnder Rechtssicherheit für Investoren wenig attraktiv. Dies schadet sowohl dem deutschen und europäischen Interesse, die Sicherheit seiner Energieversorgung auch durch eine möglichst enge (privat-)wirtschaftliche Verflechtung zwischen Russland und Europa zu garantieren, als auch Russland, das in den nächsten Jahren dringend Investitionen zur Modernisierung seiner Infrastruktur und zur breiteren ökonomischen Stabilisierung benötigen wird, die es aus eigener Kraft kaum wird aufbringen können.

4. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freie Marktwirtschaft sind die beste Garantie für die Einhaltung der Menschenrechte und gleichzeitig die Voraussetzung für innere Stabilität und eine allgemeine Verbesserung der Lebensstandards. Zudem haben sich rechtsstaatlich handelnde Demokratien international als die verlässlichsten und konstruktivsten Partner erwiesen. Deutschland und Europa haben deshalb ein fundamentales Interesse daran, dass Russland auf den Weg des staatlichen und gesellschaftlichen Reformprozesses zurückkehrt. Dies ist nur realisierbar durch einen vertrauensvollen, aber kritischen Dialog und eine Verbindung mittel- und langfristiger Interessen im wirtschaftlichen wie auch politischen Bereich. Die alte rot-grüne Bundesregierung hat es in dieser Hinsicht in der Vergangenheit leider oftmals an der notwendigen Ausgewogenheit fehlen lassen und stattdessen den Eindruck erweckt, dass sie mittelfristigen energiepolitischen Fragen Priorität vor einer Einforderung von Menschenrechten, einer Förderung von Rechtsstaat, Demokratie und freier Marktwirtschaft in Russland und einer innerhalb der EU abgestimmten Position einräumt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Rahmen der deutschen EU- und G8-Präsidentschaften Besorgnis über die gegenwärtige Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland zur Sprache zu bringen und Verbesserungen anzumahnen, die Russland in die Lage versetzen, seinen durch seine Mitgliedschaften in G8, OSZE und Europarat eingegangenen Verpflichtungen wirklich nachzukommen;
2. gegenüber Russland deutlich zu machen, dass sich Deutschland und Europa Russland als einen starken, demokratisch wie wirtschaftlich entwickelten Partner wünschen, der konstruktiv an der Lösung globaler Herausforderungen mitarbeitet. Dies gilt auch für die friedliche Lösung der „frozen conflicts“ im postsowjetischen Raum. Gleichzeitig ist die Bundesregierung aufgefordert, im Rahmen der EU- und G8-Präsidentschaften gegenüber Russland für Vertrauen zu werben und dem Eindruck entgegenzuwirken, dass die Aktivitäten insbesondere von EU und NATO im postsowjetischen Raum auf eine politische Schwächung Russlands ausgerichtet sind;

3. deutlich zu machen, dass Russland seinen Platz im Kreise der einflussreichsten demokratischen Industrienationen der Welt nur dann auf Dauer wird behalten können, wenn es zum Weg einer konsequenten Modernisierung und Demokratisierung zurückkehrt;
4. Russland auf den durch die Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja und den Umgang mit dem ehemaligen Yukos-Chef Michail Chodorkowski entstandenen großen Vertrauensverlust in den Augen der Öffentlichkeit in Europa hinzuweisen und eine transparente und rechtsstaatlich einwandfreie Aufklärung der beiden Fälle einzufordern;
5. Russland auf seine historische Verantwortung für den Wiederaufbau Afghanistans hinzuweisen und deutlich zu machen, dass in diesem Zusammenhang ein zumindest stärkeres finanzielles Engagement Russlands beim Wiederaufbau des Landes als konstruktiver Beitrag zur Stabilisierung des Landes hoch willkommen wäre;
6. gegenüber Russland deutlich zu machen, dass Deutschland die im Rahmen der OSZE stattfindenden Wahlbeobachtungen als eines der wichtigsten Instrumente der OSZE betrachtet und jeglichen Initiativen, die auf eine Schwächung dieses Instrumentes hinauslaufen, ablehnend gegenübersteht;
7. das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland mit klaren Zielvorgaben in den „Vier Räumen“ (Wirtschaft, äußere Sicherheit, innere Sicherheit, Bildung) zu verbinden und insbesondere seine Bemühungen zu verstärken, gemäß den Zielen des PKA die Konvergenz der Standpunkte zu internationalen Fragen von gemeinsamem Interesse zu fördern;
8. innerhalb der EU eine gemeinsame europäische Energiepolitik auf der Basis der von der europäischen Kommission vorgelegten „Strategic Review“ voranzutreiben und insbesondere darauf zu achten, dass Europa auch als Abnehmer von Rohstoffen geschlossen gegenüber Russland auftritt;
9. gegenüber Russland deutlich zu machen, dass bessere Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen in Russland und daraus folgende stärkere Eigentumsverflechtungen im gegenseitigen Interesse sind;
10. sich gegenüber Russland besorgt zu zeigen, dass bevorstehende neue Parteienverbote sich kontraproduktiv auf eine demokratische Modernisierung der russischen Gesellschaft auswirken würden;
11. gegenüber Russland auf die Bedeutung von unabhängigen Nichtregierungsorganisationen für eine demokratische und zivilgesellschaftliche Modernisierung hinzuweisen und auf eine Änderung der bestehenden Gesetzeslage hinzuwirken, die die Arbeit in- und ausländischer NGOs wieder erleichtert;
12. sich für eine unabhängige Berichterstattung der russischen Medien einzusetzen und die russische Regierung aufzufordern, in der Vergangenheit erfolgte Übergriffe gegen Journalisten konsequent aufzuklären;
13. Russland aufzufordern, Vertretern internationaler Organisationen den ungehinderten Zugang zu russischen Gefängnissen zu ermöglichen und Verstöße gegen die Menschenrechte in russischen Gefängnissen intern konsequent zu verfolgen;
14. darauf hinzuwirken, dass ein deutsch-russisches Jugendwerk im Sinne einer bilateralen Organisation aufgebaut und mit der umfassenden Förderung des deutsch-russischen Jugendaustausches betraut wird;
15. eine stärkere russische Eigenbeteiligung an der Beseitigung militärischer – insbesondere atomarer und chemischer – Altlasten einzufordern.

Berlin, den 30. Januar 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion